

An die
 Vorsitzende des Ausschusses
 für Schule und Weiterbildung
 Frau Gisela Manderla

Herrn
 Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 25.03.2008

AN/0469/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	05.05.2008

Informationsweitergabe über Schulbildungsmöglichkeiten

Sehr geehrte Frau Manderla,
 sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 05.05.2008 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung mit einer umfassenden Prüfung sowie Erarbeitung eines Lösungs- und Finanzierungsvorschlags, wie den Eltern der Kölner Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund umfassende Informationen über das Schulsystem und die damit verbundenen Bildungschancen für ihre Kinder im Rahmen eines Partnerschaftsmodells mit kirchlichen Einrichtungen (insbesondere den Moscheen) vermittelt werden können.

Begründung:

Das Schulsystem eröffnet unseren Schülerinnen und Schülern eine Vielzahl von Bildungsmöglichkeiten, die es – insbesondere mit Blick auf deren beruflichen Entwicklungschancen – zu vermitteln gilt. Hierzu gehört zwingend auch eine umfassende Information der Eltern über das Schulsystem und dessen Wichtigkeit für den Lebensweg ihrer Kinder.

Oftmals sind die Eltern jedoch diesbezüglich nicht ausreichend bzw. gar nicht informiert und können ihre Kinder daher nicht beratend unterstützen. Leider ist dies häufig – vorrangig aufgrund der häufig vorhandenen Sprachbarriere – bei Eltern von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund der Fall.

Daher bittet die CDU-Fraktion um Prüfung, ob und wie im Rahmen von z.B. Partnerschafts-

modellen in Kooperation mit kirchlichen Einrichtungen (insbesondere Moscheen) oder auch interkulturellen Zentren in Köln eine Weitergabe der o.g. Informationen an die Eltern sichergestellt werden kann. Zudem ist die Vermittlung der Informationen an die Eltern zwingen erforderlich, um diese an der schulischen Erziehung und den Bildungsmöglichkeiten Ihrer Kinder teilhaben zu lassen.

Die Verwaltung soll hierbei auf die vielfältigen bereits bestehenden Kontakte mit den v.g. Institutionen zurückgreifen, damit diese in der Funktion eines (Nachrichten)Vermittlers zwischen der Verwaltung / den Schulen sowie den Familien fungieren können. Denkbar wäre es in diesem Zusammenhang z.B., Elternbriefe bedarfsgerecht übersetzen zu lassen und diese den Familien mit Unterstützung der v.g. Institutionen zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Josef Müller
Fraktionsgeschäftsführer